



MISSION BRÜSSEL

„Was hilft, ist belgische Schokolade“

Eine schlankere Verwaltung wünscht sich der Büroleiter Brüssel der Uni Münster Roman Walega vom nächsten EU-Forschungsrahmenprogramm.

duz Was muss man wissen, um sich im Brüsseler Betrieb zurechtzufinden?

Walega Die Vielzahl an europäischen Institutionen und Interessenvertretern bringt es mit sich, dass Gepflogenheiten und Arbeitsstile aus ganz Europa in Brüssel aufeinandertreffen. Daher bedarf es immer einer europäischen Perspektive, mit blindem Pro-Domo-Aktionismus kommt man hier nicht weit. Es gilt die Maxime: Man muss jemanden kennen(-lernen), der jemanden kennt, der jemand anderen kennt, der schließlich auf meine Frage die passende Antwort hat.

duz Was missfällt Ihnen in Brüssel?

Walega Das tägliche Verkehrschaos, insbesondere wenn mal wieder EU-Gipfel ist. Den Verkehr beiseite gelassen: Für viele ist Brüssel nur eine Station auf Zeit. Hier herrscht ein ständiges Kommen und Gehen. Kontinuität ist deshalb nicht immer gewährleistet, weshalb man nicht nur sein Netzwerk ständig aktiv erneuern muss, sondern manchmal Informationen auch verloren gehen. Das kann die Arbeit erschweren, zugleich besteht aber gerade ein gewisser Reiz darin, ständig neue Menschen kennenzulernen.

duz Was versöhnt Sie mit Brüssel?

Walega Brüssel ist gelebtes Europa. Der Gedanke des „europäischen Mehrwertes“ ist nicht nur eine

Floskel. Man findet für die Sache interessierte, offene und konstruktive Kooperationspartner aus ganz Europa. Gerade informelle Netzwerke – wir engagieren uns beispielsweise in einem Gremium mit Brüsseler Vertretern anderer europäischer Universitäten – erweisen sich als äußerst kollegiale und nützliche Foren. Zudem trifft man in den Institutionen auf Beamte mit hoher Sachkompetenz und Dialogbereitschaft. Und was (fast) immer hilft, vor allem bei Stress: belgische Schokolade.

duz Wo sehen Sie dringenden Handlungsbedarf?

Walega Schön wäre es, wenn die Europäische Kommission intensiver wahrnehmen würde, dass Erkenntnis, Fortschritt und Innovation nicht nach einem linearen Modell erfolgen. Dies sollte sich auch im nächsten Forschungsrahmenprogramm widerspiegeln. Förderprogramme sollten schlanker in der Administration, aber weiterhin ausgewogen in ihren Fördermöglichkeiten sein, sodass die gesamte Forschungs- und Innovationskette abgebildet ist. Diese Balance darf nicht der Bevorzugung einer anwendungsorientierten Industrieforschung weichen.

Protokoll: Dr. Angela Lindner

Dr. Roman Walega

leitet seit 2016 das Brüsseler Büro der Universität Münster. Zuvor war er sechs Jahre Geschäftsführer der Landesrektorenkonferenz Nordrhein-Westfalen.

Bildungszone Europa I: Kommissions-Pläne

STRASSBURG Die EU-Kommission setzt auf ein einheitliches Bildungssystem der Mitgliedsstaaten. Zu den Zielen bis 2025 gehört, Schul- und Studienabschlüsse gegenseitig anzuerkennen, Computer- und Sprachkenntnisse zu verbessern und das lebenslange Lernen zu fördern. Kommissions-Vizepräsident Jyrki Katainen betonte allerdings Mitte November, dass für das Thema nicht die EU, sondern die Mitgliedsstaaten, in Deutschland gar die Bundesländer zuständig seien. „2025 sollten wir in einem Europa leben, in dem Lernen, Studieren und Forschen nicht von Grenzen behindert werden, sondern wo der Aufenthalt in anderen Mitgliedsländern zum Studieren, Lernen oder Arbeiten die Norm ist“, sagte Katainen. Den Anstoß für eine europäische Bildungszone hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in seiner Europarede im September gegeben.

Bildungszone Europa II: Macrons Pläne

PARIS Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hat in einer Mitteilung an die EU-Mitgliedsstaaten Ende November klargestellt, er sehe den Umsetzungsprozess der Europäischen Kommission einer europäischen Bildungszone als zu langwierig an; der Aufbau universitärer Netzwerke für Forschung, Entwicklung und Bildung in Europa müsse schneller umgesetzt werden. Bis 2024 sollen rund zwanzig „Europäische Universitäten“, basierend auf einem Netzwerk von vier bis sechs Institutionen (mit ähnlichem Forschungsschwerpunkt) in mindestens drei (Nachbar-)Mitgliedsstaaten, sichtbar werden. Jedes Netzwerk solle mindestens fünf bis sechs Millionen Euro über fünf Jahre erhalten, das Gesamtprojekt mit einhundert Millionen Euro gefördert werden.